

wurde. Die Statutenkommission untersuchte ihre Angelegenheit und stellte fest, daß ihre Beschwerde zu Recht besteht. Genossin Lehmann ist eine politisch sehr rührige Genossin, hat ein gutes politisches Wissen, ihr Sohn studiert an der Hochschule für Planökonomie. Sie hat eine gute Verbindung zu den Parteilosen. Man deckte eine Reihe Mißstände auf und berichtete ihr darüber. Sie stellte diese Fragen in der Parteiversammlung im Zentralaussschuß der Volkssolidarität. In sechs Parteiversammlungen versuchte man sie mundtot zu machen. Man entließ sie dann wegen „politischer Unfähigkeit“. Die Kreisleitung Prenzlauer Berg erklärte auf ihren Hilferuf, daß es wichtigere Probleme gäbe für die Partei als solche persönlichen Angelegenheiten. Im Westen würde man den EVG-Vertrag ratifizieren, und da könnte man sich nicht in solchen Dingen verlieren.

Da die Unterdrückung der Kritik, das Kommandieren und die Selbstherrlichkeit im Zentralaussschuß der Volkssolidarität Platz greifen, muß die Parteigruppe im Zentralaussschuß mit Hilfe der Kreisleitung dies entschieden klären und das Recht der Genossin Lehmann, als Parteimitglied Kritik zu üben, schützen.

Die Erfahrung lehrt uns, daß manche Parteifunktionäre die Kritik von unten zwar anerkennen, sich damit ein wenig Luft zu schaffen versuchen, aber gar nicht daran denken, ernsthaft an der Beseitigung der kritisierten Mängel zu arbeiten. Sie warten dann mit Ruhe auf die nächste Konferenz und sind erneut zu jeder Selbstkritik bereit.

Es gibt jedoch auch noch viele Fälle der Überspitzung der Kritik. Das ist nur dazu angetan, die tatsächliche Bedeutung von Kritik und Selbstkritik in der Partei und vor den Werktätigen in Mißkredit zu bringen.

Die Pflichten und die Rechte der Parteimitglieder sind auf das engste miteinander verbunden. Sie ergänzen einander. Die im Statut niedergelegten Pflichten heben die Rolle des Parteimitgliedes als bestimmendes und schöpferisches Element in der Partei.

Damit das Parteimitglied seinen höheren Pflichten und seiner höheren Verantwortung für unsere Vorwärtsentwicklung gerecht werden kann, muß es auch seine Rechte haben. Für uns gilt, was Genosse Stalin im Dezember 1923 sagte:

„Infolge all dieser Umstände ist die Partei gewachsen, hat sie qualitativ ein höheres Niveau erreicht, sind ihre Bedürfnisse größer geworden, stellt sie höhere Anforderungen, will sie mehr wissen als